



TOP: 17

SPD-Fraktion  
CDU-Fraktion

Lfd.Nr. 411/2020 KT

**Resolutionsantrag zur Kreistagssitzung am 27. März 2020****Resolutionsantrag der Fraktionen von SPD und CDU betreffend „Investitionsmittel für unsere Kinder“****Beschluss:**

1. Der Kreistag begrüßt die bisherigen finanziellen Förderungen von Bund und Land für Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung.
2. Der Kreistag fordert, dass sich der Bund auch weiterhin an dieser Investitionsförderung beteiligt.
3. Der Kreistag begrüßt ausdrücklich, dass das Land ein Folgeprogramm für 2020 angekündigt hat.
4. Der Kreistag fordert, dass das Land das geplante Fördervolumen von 92 Mio. € in 2020 so erhöht, dass das vom Hessischen Landkreistag festgestellte nötige Investitionsvolumen angemessen berücksichtigt wird, weil ansonsten der tatsächliche Investitionsbedarf der Kommunen bei weitem nicht gedeckt werden kann.  
Außerdem wird das Land aufgefordert, die administrativen Voraussetzungen wie etwa Förderrichtlinien sehr zeitnah zu schaffen, damit die Finanzmittel schnellstmöglich an die Empfänger ausgezahlt werden können.

**Begründung:**

Eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung mit ausreichenden Betreuungsplätzen ist eine der zentralen Aufgaben unseres staatlichen Gemeinwesens, um unsere Gesellschaft familienfreundlich zu gestalten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Da dies eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, sind Bund, Land und Kommunen gleichermaßen gefordert.

Der Bund hat bislang bereits mehrere Investitionsprogramme aufgelegt, zuletzt 2018-2020. Offensichtlich wurden jetzt aber deutlich mehr Mittel beantragt, als zur Verfügung standen. Dies hat beispielsweise dazu geführt, dass für das gesamte Gebiet unseres Landkreises lediglich rd. 600 T€ bewilligt wurden. Dieses Bundesprogramm ist restlos ausgebucht, es stehen keine weiteren Fördermittel zur Verfügung.

Das Land Hessen hat für den weiteren Ausbau- und Investitionsbedarf die Auflage eines Landesbauprogramms zum Ausbau der Kinderbetreuung mit einem Volumen von 92 Mio. Euro angekündigt.

“Die Städte und Gemeinden in Hessen brauchen nach wie vor erhebliche Investitionsmittel, um eine den gesetzlichen Regelungen entsprechende Kinderbetreuung anbieten zu können“, sagt beispielsweise der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Integration des Hessischen Städtetages, Hanau Bürgermeister Axel Weiss-Thiel.

Daher ist die Landesinitiative dem Grunde nach ausdrücklich zu begrüßen, allerdings genügen die genannten 92 Mio. € bei weitem nicht, da der tatsächliche Investitionsbedarf sehr viel höher ist: Von Seiten des Hessischen Landkreistages wurde ein Investitionsvolumen von 1 Mrd. Euro für ganz Hessen ermittelt. Allein im Landkreis Marburg-Biedenkopf liegt der Bedarf bei 34 Mio. Euro.

Außerdem müssen schnellstmöglich die administrativen Voraussetzungen wie etwa Förderrichtlinien geschaffen werden, damit die Finanzmittel sehr zeitnah an die Empfänger ausgezahlt werden können. Nur so kann ein gravierender Investitionsstau vermieden werden, der zu einem erheblichen Nachteil für unsere Kinder und Familien führen würde.

gez.:  
**Werner Hesse**  
SPD-Fraktion

**Werner Waßmuth**  
CDU-Fraktion